

Gemeinde Lech



Gemeindeamt

A-6764 Lech am Arlberg - Vorarlberg

Telefon 05583/2213, Telefax 2213-290

**VERHANDLUNGSSCHRIFT
über die 14. Sitzung der Gemeindevertretung
am 03. Oktober 2016 im Sitzungssaal des Gemeindeamtes Lech**

Lech, am 3. Oktober 2016
ZAHL 004-1/2016 - 1106615 kgr
AUSKUNFT Mag. Elmar Prantauer
elmar.prantauer@gemeinde.lech.at

BEGINN: 20.00 Uhr

ANWESEND: Bürgermeister Ludwig Muxel, Vizebürgermeister Dr. Elmar Beiser, Gemeinderat Wolfgang Huber, Gemeinderat Johannes Pfefferkorn, Gemeinderat Gerhard Lucian, Peter Scrivener, Bernd Bischof, Dietmar Walch, Michael Zimmermann, Stefan Schneider, Mag. Dr. Markus Mathis, Heidrun Huber, Gerold Schneider, Mag. Isabell Wegener, Elisabeth Mascher, Stefan Jochum, Mag. Reinhard Wolf, Florian Hagen

ENTSCHULDIGT: Hansjörg Elsensohn, Johannes Schneider, DI Thomas Muxel

SCHRIFTFÜHRER: Mag. Elmar Prantauer

Tagesordnung

- 1) Genehmigung der Verhandlungsschrift über die 13. Sitzung am 29. August 2016
- 2) Beratung und Beschlussfassung über eine Änderung des Flächenwidmungsplanes betreffend Grundstück Gst.Nr. 167/10 in Freifläche-Sondergebiet „unterirdische Garage und Nebenräume“
- 3) Beratung und Beschlussfassung für die Ausschreibung eines Rüstlöschfahrzeuges RLF 2000/200 Tunnel für die Ortsfeuerwehr Lech
- 4) Allfälliges

In nicht öffentlicher Sitzung werden eine Grundstücksangelegenheit und Verfahren nach dem Raumplanungsgesetz behandelt sowie Berichte abgegeben.

Bürgermeister Ludwig Muxel stellt fest, dass sämtliche Gemeindevertreter zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß geladen wurden und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Beratungen und Beschlüsse

1) Genehmigung der Verhandlungsschrift über die 13. Sitzung am 29. August 2016

Bürgermeister Ludwig Muxel stellt fest, dass bisher weder mündlich noch schriftlich Einwendungen gegen die Verhandlungsschrift über die 13. Sitzung der Gemeindevertretung vom 29.08.2016 eingebracht wurden und dass daher die Verhandlungsschrift gemäß § 47 Abs. 5 des Gemeindegesetzes als genehmigt gilt.

2) Beratung und Beschlussfassung über eine Änderung des Flächenwidmungsplanes betreffend Grundstück Gst.Nr. 167/10 in Freifläche-Sondergebiet „unterirdische Garage und Nebenräume“

Bürgermeister Ludwig Muxel bringt vor, dass die Gemeindevertretung in der Sitzung vom 08.08.2016 einen Entwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes zur Umwidmung einer Teilfläche des Grundstücks Gst.Nr. 167/10 von derzeit Freifläche-Landwirtschaftsgebiet in Freifläche-Sondergebiet „unterirdische Garage und Nebenräume“ gemäß Plan Nr. 031-2/2016 07 FW vom 25.07. 2016 beschlossen hat.

Der Entwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Lech wurde gemäß § 23 Abs. 2 in Verbindung mit § 21 Abs. 1 des Raumplanungsgesetzes, LGBL.Nr. 39/1996 i.d.g.F., im Gemeindegemeindeamt zur allgemeinen Einsicht aufgelegt. Während der Auflagefrist sind keine Stellungnahmen und Änderungsvorschläge eingelangt.

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig, die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Lech gemäß Plan Nr. 031-2/2016 07 FW (Plandatum: 25.07.2016) zu genehmigen.

3) Beratung und Beschlussfassung für die Ausschreibung eines Rüstlöschfahrzeuges RLF 2000/200 Tunnel für die Ortsfeuerwehr Lech

Bürgermeister Ludwig Muxel bringt vor, dass über die Anschaffung eines Rüstlöschfahrzeuges RLF 2000/200 Tunnel für die Ortsfeuerwehr Lech beraten und ein Beschluss für die Ausschreibung des Rüstlöschfahrzeuges getroffen werden soll. Er ersucht, den Obmann des Kommunalausschusses Peter Scrivener die bisherigen Beratungen in dieser Angelegenheit zu erläutern.

Peter Scrivener als Obmann des Kommunalausschusses bringt vor, dass es heute um eine Beschlussfassung für die Ausschreibung eines neuen Rüstlöschfahrzeuges für die Ortsfeuerwehr Lech geht. Der Kommunalausschuss der Gemeinde Lech hat sich mit diesem Thema die letzten zwei Jahre intensiv auseinandergesetzt. Es wurde ein genereller Investitionsplan für die nächsten 15 Jahre betreffend Fahrzeuge der Feuerwehr erarbeitet. Vor fünf Jahren wurde im Budget in der mittelfristigen Finanzplanung der Tausch des Rüstfahrzeuges für das Jahr 2017 berücksichtigt. Das alte Rüstfahrzeug Baujahr 1987 wird im nächsten Jahr 30 Jahre alt und soll nicht gegen ein normales Rüstfahrzeug sondern gegen ein Rüstlöschfahrzeug getauscht werden. Dies wäre ein Kombigerät, wo beide Funktionen vereint sind und daher feuerwehrtechnisch dieses Fahrzeug wesentlich besser ist als ein reines Rüstfahrzeug. Ein weiterer Vorteil wäre, dass dieses Fahrzeug vom Land mit 40 % gefördert ist und eine zusätzliche Förderung für Tunneleinsätze gewährt wird, sodass insgesamt mehr Förderungen für dieses Feuerwehrauto lukriert werden können. Durch die neue Technik ist dieses Auto ein vollwertiges Tank- und Rüstfahrzeug. Gleichzeitig würde dieser Tausch den Vorteil bringen, dass das bestehende Tankfahrzeug Baujahr 1994 entsprechend ersetzt werden könnte. Man hat sich mit dieser Angelegenheit die letzten zwei Jahre intensiv befasst und die Unterlagen sind so aufbereitet, dass man die Ausschreibung machen kann. Es wäre vorgesehen, dass das Fahrzeug spätestens im April 2018 kommt. Peter Scrivener erklärt, dass die geschätzten Kosten für das anzuschaffende Fahrzeug ca. Euro 530.000,- betragen. Die Tunnelförderung ist ein Einmalzuschuss vom Land in Höhe von Euro 110.000,-, sodass ca. Euro 430.000,- übrig bleiben, wovon wiederum 40 % (das entspricht Euro 172.000,-) Förderung abzuziehen wäre, sodass mit der getroffenen Annahme der geschätzten Kosten in Höhe von Euro 530.000,- für die Gemeinde Lech Kosten in Höhe von ca. Euro 260.000,- übrig bleiben. Für das Fahrzeug sind im Budget für das Jahr 2017 Euro 300.000,- vorgesehen. Peter Scrivener teilt mit, wenn man die Beschlussfassung zur Ausschreibung des Fahrzeuges vornimmt, dann bedeutet dies, dass das Fahrzeug angeschafft wird. Die Ausschreibung wird vom Landesfeuerwehrverband und vom Umweltverband begleitet. Sobald ein Ausschreibungsergebnis vorliegt, muss eine entsprechende Vergabe und damit Anschaffung des Fahrzeuges vorgenommen werden. Der heute zu treffende Grundsatzbeschluss ist daher auch ein Bekenntnis zur Anschaffung des Rüstlöschfahrzeuges.

Über eine Frage von Gemeinderat Johannes Pfefferkorn betreffend Unterschied Rüstlöschfahrzeug RLF 2000/200 Tunnel zu einem normalen Rüstlöschfahrzeug RLF 2000/200 erklärt Peter Scrivener, dass es hier um bestimmte Zusatzeinrichtungen für Tunneleinsätze geht und auch die entsprechenden Geräte im Auto Platz finden müssen. Es sind auch entsprechende Übungen für Tunneleinsätze durchzuführen.

Stefan Schneider erklärt dazu, dass es dabei insbesondere um die Ausrüstung für Verkehrsunfälle geht und Lech als Stützpunkt des Abschnittes der L 198 von Rauz bis Warth für die Verkehrsunfälle gerüstet sein muss. Aus diesem Grund sind die Zusatzeinrichtungen erforderlich.

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig, die Ausschreibung zur Anschaffung eines Rüstlöschfahrzeuges RLF 2000/200 Tunnel für die Ortsfeuerwehr Lech vorzunehmen.

4) Allfälliges

a) Bürgermeister Ludwig Muxel berichtet, dass auf Vorschlag des Verkehrsausschusses das Zugertal aus dem Verkehrsverbund herausgenommen wird. Die Gemeinde Lech wird einen entsprechenden Antrag an den Verkehrsverbund stellen. Dadurch sollen die Besucherströme ins Zugertal reduziert werden. Gemeinderat Johannes Pfefferkorn bringt vor, dass laut Berechnungen von Karl-Heinz Winkler mit der Annahme, sollten 30% weniger Fahrten ins Zugertal erfolgen, trotzdem ein positives Bilanzergebnis erzielt werden kann, da die Preisgestaltung frei ist und die Fahrten nicht mehr im Zuge des Verkehrsverbundes im Preis inbegriffen sind.

Stefan Schneider erklärt, dass die enormen Besucherströme ins Zugertal ein Problem darstellen und man dieses Problem nur über den Preis regeln kann. Im Zuge der Einführung der neuen Lech Card ist es daher der richtige Schritt das Zugertal vom Verkehrsverbund heraus zu nehmen.

Gerold Schneider bringt vor, dass die Idee jene war, auf der einen Seite die Verkehrsbelastung ins Zugertal zu reduzieren um die Lebens- und Landschaftsqualität des Zugertales zu sichern und auf der anderen Seite den Lech Card Besitzern einen Bonus gegenüber anderen zu geben und somit dieser Schritt im Gesamtpaket Sinn macht.

Über eine Frage von Vizebürgermeister Dr. Elmar Beiser erklärt Stefan Jochum, dass auf Grund einer Analyse des heurigen Sommers und der letzten Jahre festgestellt wurde, dass ein Drittel der Passagiere, welche mit dem Bus ins Zugertal fahren, Lech Card Besitzer, ein weiteres Drittel Selbstzahler und das restliche Drittel Verkehrsverbundticketinhaber sind. Die Analyse hat weiters ergeben, dass die Anzahl der Passagiere vom Sommer 2015 in Höhe von ca. 32.000 auf ca. 50.000 im Jahr 2016 gestiegen ist. Insgesamt soll diese Maßnahme nun zur Reduzierung der Passagiere ins Zugertal führen.

b) Dietmar Walch erklärt, dass er zum Thema Markenprozess nachstehende Stellungnahme abgeben möchte:

„Der „Markenprozess Lech“ wurde auf Initiative von Privatpersonen ins Leben gerufen und größtenteils finanziert.

Ziel war es, auf breiter Basis der Lecher Bevölkerung, offen die gemeinsame Zukunft von Lech zu entwerfen und zu diskutieren. Die aktive Mitarbeit von ca. 180 Leuten zeigte, dass der Wille und die Bereitschaft vorhanden sind, die Vergangenheit aufzuarbeiten, die Gegenwart zu betrachten und zu bewerten und das Gemeinsame für die Zukunft zu entwerfen. Die Diskurse und Debatten zeigten klar auf, dass es nicht darum geht, fein zusammen zu sitzen, sondern offen und wertschätzend Problemfelder zu erkennen und zu benennen und zu entscheiden was verändert, oder was (vorerst) belassen werden soll, was naturgemäß zu persönlicher Betroffenheit und Verletzungen bei manchen geführt hat. Das ist Teil von wirksamen gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen.

Bei 3 Infoveranstaltungen vor den Gemeinderatswahlen kam von vielen Lechern der Wunsch zum Ausdruck, dass dieser Prozess weitergehen soll.

In der Klausur der Gemeindevertretung in Zams wurde gemäß Foto-protokoll nachstehende Vereinbarung getroffen:

Vorstellung Stand der Dinge in Sachen Markenprozess durch den Vorsitzenden Beirat LZTG und PL Markus Webhofer – anschließend Grundsatzdebatte: Wie gelingt Verzahnung Markenprozess und Gemeindeentwicklung?“

Dietmar Walch erklärt, dass sich die Entwicklung der Thematik bis zum heutigen Tag für ihn persönlich wie folgt darstellt:

- Eine aktive (zeitaufwändige, oft komplizierte) Einbeziehung der Bevölkerung in den Prozess der Entscheidungsfindung wird von vielen Gemeindevertretern nicht als zielführend angesehen Die Entscheidungen muss immer die Gemeindevertretung treffen. Die Entscheidungsfindung ist ein Prozess, wo die Bürger dabei sein sollten.
- Die ursprüngliche Idee des „Markenprozess Lech“ als basisdemokratisches Werkzeug will mehrheitlich von der Gemeindevertretung nicht weiterverfolgt werden.
- Zum jetzigen Zeitpunkt einen weiteren halbherzigen „Feigenblatt-Restart“ zu machen, würde den Prozess mehr beschädigen, als zu Ergebnissen führen.

Aus diesen Gründen nimmt Dietmar Walch sein Versprechen, sich aktiv für die Weiterführung des „Markenprozess Lech“ in der Gemeindevertretung einzusetzen, zurück. Er möchte damit den demokratischen Willen der Gemeindevertretung akzeptieren. Er ist nach wie vor der festen Überzeugung,

dass das heutige Selbstverständnis der Bürger basisdemokratische Entscheidungen verlangt und nur durch die Einbeziehung der Bürger es möglich ist, Zustimmung, breiten Konsens und vor allem Identifikation der Lecher mit den großen Zukunftsentscheidungen zu erreichen.

Elisabeth Mascher bringt vor, dass sie bei der Informationsveranstaltung am 01.09.2016 nicht dabei sein konnte, da sie auf Jungscharlager war. Sie habe ein Gespräch mit Direktor Hermann Fercher geführt, wobei er ihr mitgeteilt habe, dass der Markenprozess auf einer touristischen Schiene weitergeführt wird. Nach Rücksprache mit den Arbeitsgruppenmitgliedern der Arbeitsgruppe Jugend wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass sich die Arbeitsgruppe Jugend nicht nur mit touristischen Themen sondern eher mit anderen Themen wie Gemeinwohl etc. auseinandersetzt und daher dieser Prozess für die Arbeitsgruppe Jugend hinfällig ist. In der letzten Arbeitsgruppenleitersitzung im Winter wurde eigentlich besprochen, dass der Prozess weitergeführt wird und die Bevölkerung von Lech zur Mitarbeit aufgerufen werden soll. Elisabeth Mascher erklärt, dass sie es schade findet, wenn man diesen Prozess jetzt einfach versickern lässt, da dadurch viel an Wissen und Potenzial verloren geht.

Gerold Schneider schließt sich den Stellungnahmen von Dietmar Walch und Elisabeth Mascher an und erklärt, dass es in diesem Prozess nicht um Marketing sondern um ein breit angelegtes Gespräch unter Einbeziehung der Bevölkerung geht. Es kommen in diesem Prozess viele Dinge zur Sprache, die keine klassischen Themen der Gemeindeverwaltung sind. Als Gemeindevertretung das Signal zu geben, nicht mehr weiter zu machen, wäre falsch, da sich viele an diesem Prozess engagiert haben und man auch in Zukunft nicht umherkommen wird, die verschiedenen Kräfte und Leistungsträger im Dorf in die Diskussion diverser Themen miteinzubeziehen. Man sieht, dass sich jene Destinationen, wo dieser Bürgerbeteiligungsprozess erfolgreich umgesetzt wird und wo es gelungen ist, alle in ein Boot zu holen, am besten entwickeln (Beispiel Serfaus). Er plädiert dafür, dass man den Prozess ernst nimmt und nicht auf die bloße Marketingschiene reduziert. Wenn man in Zukunft erfolgreich sein will und das Engagement der Bürger in verschiedensten Bereichen behalten will, muss dieser Prozess weitergeführt werden.

Vizebürgermeister Dr. Elmar Beiser erklärt, dass für ihn diese Stellungnahmen nachvollziehbar sind. Er hinterfragt die Problematik, die dahintersteht und erklärt, dass er sich noch gut an die Anfänge des Prozesses erinnern kann, wo man diesen Prozess abgekoppelt von der Gemeindevertretung haben wollte. Es stellt sich nun die Frage, was die Gemeindevertretung zu diesem Prozess beitragen kann. Dazu erklärt Dietmar Walch, dass in der Klausur in Zams das Bekenntnis aller Gemeindevertreter da war, dass man sich den Stand der Dinge vom Prozessleiter Markus Webhofer vorstellen lässt. Im Oktober letzten Jahres wurde diese Vorstellung durch Direktor Hermann Fercher unter dem Aspekt des Marketings gemacht. Die Gemeindevertretung hätte darüber beraten sollen, wie die Verzahnung Markenprozess und Gemeindeentwicklung gelingt. Zu dieser Diskussion ist es nicht gekommen. Es müsste das persönliche Bedürfnis aller Gemeindevertreter sein, diesen Prozess weiterzuführen, wozu es nicht gekommen sei.

Über eine Frage von Gemeinderat Johannes Pfefferkorn stellt Dietmar Walch klar, dass es sich um einen weit angelegten basisdemokratischen Prozess unter dem Titel „Markenprozess“ gehandelt hat, wo nicht nur das Thema Marketing gemeint ist. Wenn man das Markenprofil liest, dann sieht man, dass dies wesentlich weitergefasst ist und nicht nur das Thema Marketing beinhaltet.

Gemeinderat Johannes Pfefferkorn erklärt, dass für ihn der Markenprozess mit der Erstellung des Markenprofils, wo festgeschrieben wurde, wie sich die Marke Lech nach außen und nach innen präsentieren soll, abgeschlossen sei. Auf dem erarbeiteten Markenprofil muss man nun weiter aufbauen. Zur basisdemokratischen Beteiligung an Entscheidungsprozessen erklärt Gemeinderat Johannes Pfefferkorn, dass seiner Meinung nach nicht alles beendet wurde, sondern es beispielsweise einen Workshop Sommerentwicklung sowie verschiedene Arbeitsgruppen gibt, die weiter arbeiten und es an den Arbeitsgruppenleitern liegt, ob dieser Prozess weitergeführt wird.

Elisabeth Mascher erklärt, dass die Arbeitsgruppe Jugend unter dem Denkmantel „touristische Schiene“ nicht mehr weiterarbeitet.

Michael Zimmermann erklärt, dass er beim Markenprozess leider nicht beteiligt war. Das Thema Markenprozess ist im Tourismusbeirat und in weiterer Folge bei Direktor Hermann Fercher angekommen, weil sich sonst diesem Thema niemand angenommen habe. Er schlägt vor, eine Arbeitsgruppe Markenprozess bzw. Basisdemokratie zu bilden, wo Überlegungen angestellt werden sollen, wie der Prozess weiterbetrieben werden soll. Er erklärt, dass die Kritik berechtigt und konstruktiv ist, es jedoch an allen Gemeindevertretern liegt, sich um diese Angelegenheit zu kümmern. Zum Thema Basisdemokratie bringt Michael Zimmermann vor, dass er weiß, dass der Prozess zur Einführung der Lech Card Neu zwar nicht perfekt verlaufen ist, aber versucht wurde, so viele Gremien und Interessensgruppen in Lech wie

möglich miteinzubeziehen. Im Sinne einer basisdemokratischen Beteiligung zum Thema Sommerentwicklung seien gewisse Workshops geplant. Das Thema Markenprozess sei auf Grund der vielen zeitaufwändigen Arbeit, die in den Gremien der Gemeinde gemacht wird, ins Hintertreffen geraten. Es wäre daher am besten, wenn sich eine Gruppe bildet, die an diesem Thema arbeitet.

Gerold Schneider bringt vor, dass das große Missverständnis aus der Benennung „Markenprozess“ entstanden sei. Es ginge eigentlich um eine breit angelegte Diskussion und um die Tatsache, dass alle Interessensgruppen und Leistungsträger wieder ins Gespräch kommen. Man steht vor einem Wandel und benötigt jeden einzelnen, der bereit ist, für die Zukunft von Lech mitzuarbeiten. Die Gemeindeverwaltung an sich kann nur Rahmenbedingungen schaffen. Den Prozess auf die Einführung der Lech Card bzw. auf das Thema Sommerentwicklung zu reduzieren sei zu wenig. Man brauche einen generellen Dialog der Bürger für die Zukunftsentwicklung von Lech.

Gemeinderat Gerhard Lucian bringt vor, dass in der Arbeitsgruppe Skigebiet sehr viel diskutiert wurde und in diese Gespräche die Bevölkerung mit eingebunden ist. Die Themen, die in dieser Gruppe erarbeitet wurden, sind nach wie vor präsent, wobei nicht alles immer sofort umsetzbar bzw. realisierbar ist. Gemeinderat Gerhard Lucian erklärt, dass für ihn der Markenprozess nicht gestorben ist, sondern muss ein derartiger Prozess in einer Tourismusgemeinde wie Lech permanent weitergeführt werden. Es ist wichtig, dass von den einzelnen Interessensgruppen Themen bearbeitet werden und letztendlich an die zuständigen Gremien der Gemeinde herangetragen werden.

Stefan Schneider bringt vor, dass es in diesem Prozess einen Neustart benötigt, da der Start des Markenprozesses denkbar schlecht war. Ganz am Anfang wollte man an diesem Prozess die Gemeinde nicht dabei haben. Als dann die Kosten des Prozesses Thema wurden, hat man gesagt, dass auch die Gemeinde sich an dem Prozess beteiligen soll. Es sind Themen behandelt worden, wobei verlangt wurde, dass die erarbeiteten Ergebnisse von den Gremien der Gemeinde abzusegnet sind, was naturgemäß von vielen Gemeindevertretern nicht akzeptiert wurde. Stefan Schneider erklärt, dass es einen Neustart eines Prozesses benötigt, welcher von Anfang an gemeinsam mit der Gemeindevertretung angegangen werden muss.

Gerold Schneider erklärt, dass es nicht so ist, dass diejenigen, die den Prozess initiiert haben, die Gemeinde Lech nicht dabei haben wollten. Es war immer klar, dass es einen Prozess ohne die Gemeinde nicht gibt, da man alle Interessensgruppen und Partner benötigt, um diesen Prozess erfolgreich durchzuführen.

Vizebürgermeister Dr. Elmar Beiser erklärt, dass am Anfang die Gemeinde an diesem Prozess nicht beteiligt war und dies ein Mitgrund war, wieso er sich in weiterer Folge an diesem Prozess nicht beteiligt habe.

Gerold Schneider erklärt, dass es von Anfang an klar war, dass sich die Gemeinde an diesem Prozess beteiligt und es nicht so gemeint war, dass die Gemeinde dazu nicht benötigt wird. Diejenigen, die sich um diesen Prozess bemüht haben, wollten alle an einem Tisch haben.

Gemeinderat Johannes Pfefferkorn bringt vor, dass die Möglichkeit besteht, dass von drei Gemeindevertretern ein Antrag zur Behandlung in der Gemeindevertretung auf Wiederinitiierung des Markenprozesses gestellt werden kann. Dann muss die Gemeindevertretung über diesen Antrag abstimmen. Es war ein privat initiiertes Prozess und wenn dies nicht funktioniert, dann müsse dieser Prozess eben von der Gemeinde initiiert werden.

Gerold Schneider erwidert, dass man diesen Prozess selbstverständlich privat initiieren kann, aber es mache keinen Sinn, wenn man auf den Widerstand der Gemeindevertretung stößt, da man sich gegenseitig benötigt, um den Prozess erfolgreich durchzuführen. Man will jedoch nicht, dass sich private Interessensgruppen treffen und mit Petitionen als Bittsteller an die Gemeinde herantreten müssen. Im Markenprozess wollte man Überzeugung schaffen, dass man gemeinsam an einem Strang ziehen muss. Der Sinn des Markenprozesses ist vollkommene Offenheit und Dialogbereitschaft.

Gemeinderat Johannes Pfefferkorn erklärt, dass er sich an keinen Beschluss der Gemeindevertretung erinnern kann, wo man gesagt hat, dass man den Markenprozess abschafft.

Bürgermeister Ludwig Muxel hält fest, dass das Thema Markenprozess und die weitere Vorgehensweise im Gemeindevorstand beraten wird. Er ersucht den Vorsitzenden des Tourismusbeirates Micheal Zimmermann diese Thematik auch im Tourismusbeirat zu besprechen.

c) Gerold Schneider bringt vor, dass er es schade findet, dass nach der letzten Gemeindevertretungssitzung der Newsletter herausgegangen ist. Es sei klar, dass dieser Newsletter mit Angelika Böhler von langer Hand

vorbereitet wurde. In der Klausur der Gemeindevertretung sei, was die Kommunikation kontroversieller Themen anbelangt, im Hinblick auf den Job von Angelika Böhler etwas anderes vereinbart worden.

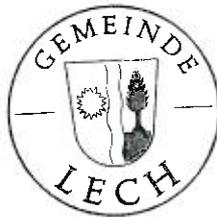
d) Gerold Schneider bringt vor, dass DI Andreas Falch im Jahr 2015 insgesamt einen Betrag von ca. Euro 250.000,-- an Honoraren bezogen hat, ohne dass diese Kosten in der Gemeindevertretung besprochen wurden.

Gemäß § 47 Abs. 5 Gemeindegesetz steht es den Gemeindevertretern frei, wegen Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der Verhandlungsschrift mündlich oder schriftlich, spätestens in der nächsten Sitzung Einwendungen zu erheben, worüber in dieser Sitzung zu beschließen wäre. Werden keine Einwendungen erhoben, gilt die Verhandlungsschrift als genehmigt.

Ende der Sitzung: 20.45 Uhr

Der Schriftführer

Mag. Elmar Prantauer



Der Bürgermeister

Ludwig Muxel